

Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin

geändertes Protokoll

25. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 06.12.2018
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	20:12 Uhr
Ort, Raum:	BVV-Saal, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin

Anwesend sind:

Frau Molina Gosch	Grüne	Vertretung für: Herrn Oliver Kociolek
Herr Tilo Siewer	Grüne	
Herr Jürgen Radloff-Gleitze	SPD	
Herr Daniel Schwarz	SPD	
Frau Ramona Reiser	DIE LINKE	
Herr Martin Leuschner	CDU	Vertretung für: Frau Sandra Cegla (ab 19:15 Uhr, TOP 5)
Herr Clemens Torno	AfD	
Frau Josephine Dietzsch	FDP	
Frau Heidemarie Depil	JHA BD	
Herr Sascha Mase		Vertretung für: Frau Andrea Lang
Herr Dirk Stiebritz	Grüne	
Frau Sabine Walther	JHA BD	
Frau Monika Goral	Jugendamtsleiterin	
Frau Katharina Buncke	Bezirkselfternausschuss	
Frau Asra El-Mohamad	JHA beratendes Mitglied	
Frau Charlotte Krämer	JHA beratendes Mitglied	Vertretung für: Laila Al Bayoumi
Herr James Rosalind	JHA beratendes Mitglied	
Frau Jutta Schauer-Oldenburg	Grüne	

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Protokoll:

zu 1 Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende begrüßt die anwesenden Mitglieder, das Bezirksamt sowie die Gäste. Für das Bezirksamt steht Frau Goral als verantwortliche Ansprechpartnerin zur Verfügung, dass Herr BzStR Spallek sich entschuldigen lasse.

Die Mitteilungen zu TOP 6 werden nach TOP 2 und vor TOP 3 behandelt.

zu 2 Genehmigung der Protokolle
zu 2.1 zur 22. Sitzung am 04.10.2018

Der TOP wird vertagt.

zu 2.2 zur 23. Sitzung am 08.11.2018

Der TOP wird vertagt.

zu 2.3 zur 24. Sitzung am 21.11.2018

Der TOP wird vertagt.

zu 3 IBV Triftstraße - Beratung und Beschlussfassung

Der Vorsitzende berichtet zur Sondersitzung des JHA am 21.11.2018, in der die Träger angehört worden seien. Einige Teilnehmer berichten ergänzend. Anwesend waren drei Bürgerdeputierte, fünf Bezirksverordnete und drei Mitarbeiter*innen der Verwaltung.

Es sei eine umfangreiche Bewertung vorgenommen worden, aus der die Punktevergabe resultierte. Frau Goral merkt lobend an, dass die Sondersitzung als zweite Runde sehr gut gewesen sei und eine konstruktive Zusammenarbeit beinhaltete.

Die maximal zu erreichende Punktzahl liege bei 704.

Das Ergebnis, das ebenfalls der Beschlussvorlage des Bezirksamts vom 06.12.2018 entnommen werden könne, wird verlesen:

- *Pfefferwerk GmbH* : 359 Punkte
- *Käpt'n Browser gGmbH*: 474 Punkte
- *Stiftung Pro Gemeinsinn gGmbH*: 475 Punkte

Bei allen drei Trägern handle es sich somit um gute und qualifizierte Träger.

Die Abstimmung erfolgt geheim. Es sind 11 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

- ➔ 3 Mitglieder stimmen für *Käpt'n Browser gGmbH*
- ➔ 8 Mitglieder stimmen für *Stiftung Pro Gemeinsinn gGmbH*

Der JHA wählt den Träger *Stiftung Pro Gemeinsinn gGmbH*.

Die Verwaltung informiert die Träger.

zu 4 Ziele der Schulsozialarbeit in 2019

Frau Kroggel (SOS-Kinderdorf und Sprecherin der AG 78) und Herr Knaute (BA Mitte, Jugendamt) berichten mithilfe einer Präsentation, die den Ausschussmitgliedern als Handout vorliegt.

Im Fazit liegen die Schwerpunkte der Wünsche bei den personellen Ressourcen und Kapazitäten sowie der zu stärkenden Präsenz im JHA.

Der Vorsitzende bittet vor dem Hintergrund anstehender Haushaltsberatungen um eine Auflistung, an welcher Schule wie viele Stellen eingerichtet worden sind.

Frau Walter merkt an, dass bei den Forderungen auf der letzten Seite der Präsentationen die Perspektive der Schule fehle. Sie erfragt, wie das Thema in der strategischen Steuerungsrunde für Jugendhilfe und Schule integriert werden könne. Sie erkundigt sich, wie sehr auf die bezirksfinanzierte Sozialarbeit an Schulen seitens des Schulamtes geachtet werde, insbesondere in Hinblick auf den Kinderschutz. Sie erkundigt sich zudem, welche Erfahrungen mit Schulen gemacht werden, an denen es die Unterstützung aus einer

Hand gebe im Vergleich zu den Schulen, an denen mehrere verschiedene Akteure und Träger arbeiten. Ihr zugetragenen Berichten zufolge sei es von Vorteil, wenn nur ein Träger am Ort sei. Sie regt an, dass Verfahren im JHA zu besprechen. Ein weiteres Thema, dass sie besprechen möchte, sei das Arbeitszeitmodell für Sozialarbeiter an Schulen. Sie merkt zudem an, dass die zur Förderung ausgesuchten Schulen in Hinblick auf die Ergebnisse inzwischen besser abschneiden als einst gut bewertete Schulen. Diese Entwicklung käme in der Präsentation nicht deutlich genug heraus.

Frau Schauer-Oldenburg erkundigt sich danach, welche Schulen an dem Programm teilnehmen.

Herr Knaute informiert, dass 22 Grundschulen und 13 weiterführende Schulen daran teilnehmen und schlägt vor, die Liste im Nachgang zur Sitzung zu übersenden und an das Protokoll anzuhängen, nebst Förderstationen und Finanzierung.

Herr Maase merkt an, dass es sich bei den aus dem Landesprogramm eingerichteten Stellen um Vollzeitstellen handle.

Er danke dem Bezirk Mitte, dass dieser als einziger Bezirk im aktuellen Doppel-Haushalt die Finanzierung der bezirklichen Angebote nach 13.1 (unter anderen die Schulstationen) aufgestockt habe. In Hinblick auf die im kommenden Jahr anstehenden Haushaltsberatungen erkundigt er sich nach eventuell bereits bestehenden Ideen zur weiteren Verbesserung der Situation, da die Budgets der Angebote immer noch angespannt sind.

Frau Goral hebt hervor, dass die Evaluation und damit die Unterstreichung des Wissens aus der Praxis durch wissenschaftliche Ergebnisse ein wichtiger Beitrag zu diesem Thema sei. An vielen Problemen, wie beispielsweise der Schuldistanz, werde im Bezirk schon viele Jahre gearbeitet. Die Ergebnisse der Untersuchungen belegen nun, dass die Förderprogramme verbessernden Einfluss nehmen. Für den flächendeckenden Einsatz sei nicht nur auf den Bezirkshaushalt gesetzt, sondern müsse auch auf Landesebene erörtert werden. Der Zeitpunkt sei da.

Herr Knaute erläutert die Kriterien, nach denen die Schulen ausgewählt wurden, so z.B. die Fehlzeiten sowie die Quote nicht-deutscher Herkunft. Das Landesprogramm beinhalte weitergehende Kriterien.

Herr Beckmann erläutert ergänzend, dass die bezirklichen Projekte über Leistungsverträge gesteuert werden, die Qualitätsziele beinhalten. Im Landesprogramm sei die Einflussnahme durch die Bezirke nicht vorgesehen, sodass hier Kooperationsverträge zur Steuerung geschlossen werden.

Frau Haupt berichtet zu den pädagogischen Modellen und den Rollen von Schule und Jugendsozialarbeit an Schulen. Bei den Untersuchungen seien keine qualitativen Unterschiede bei Schulen mit einem Träger zu Schulen mit mehreren Trägern festgestellt worden.

Der Ausbau der Jugendsozialarbeit stehe im Koalitionsvertrag, sodass dieses Thema auch in der Senatsverwaltung behandelt werde. Die Auswertungen Herrn Specks seien zur Kenntnis genommen worden.

Frau Walter spricht sich gegen die Finanzierung der Jugendsozialarbeit aus Bonusmitteln aus, sowie gegen die „Gutsherrenmentalität“ verschiedener Schulleiter*innen. Sie sehe daher den Vorteil, einen starken Träger an den Schulen einzusetzen. Es müsse konkretisiert werden, was qualitativ mit den bezirklichen Mitteln erreicht werden soll.

Frau Samuray hebt die Komplexität und die Vielschichtigkeit des Themas hervor. Ihr Eindruck sei daher, dass es heute erst der Auftakt war.

Herr Knaute bestätigt, dass in den letzten Jahren seit Beginn der Jugendsozialarbeit viel umgesetzt und erreicht worden sei.

Der Vorsitzende hält fest, das Thema vor den Haushaltsberatungen wieder aufzunehmen.

zu 5 Themenplanung 2019

Den Ausschusmitgliedern ist in Vorbereitung auf die Sitzung eine nicht abschließende Liste übersandt worden.

Frau Walter schlägt vor, das Thema „Schule und Jugendhilfe am Standort“ im Juni 2019 zu behandeln.

Frau Depil nimmt das Thema „Jugendberufshilfe“ auf, das vor den Haushaltsberatungen behandelt werden sollte.

Der Vorsitzende bittet das Jugendamt, die aktualisierte Word-Datei zur Verfügung zu stellen.

Herr BV Torno von der Fraktion der AfD bittet, das Thema „armutsgefährdete Auszubildende“ mit aufzunehmen. Der Vorsitzende bittet, das Thema im Nachgang zu konkretisieren, da dem Ausschuss die Intention zum Thema nicht deutlich geworden sei. Es gebe Fördergrundlagen für Auszubildende, auf die der JHA keinen Einfluss nehmen könne.

Das Bezirksamt schlägt vor, angesichts der Haushaltsplanung eine Sondersitzung auf den 25.10.2019 anzusetzen. Mit Zustimmung des JHA bittet der Vorsitzende, die Sondersitzung beim Vorsteher der BVV zu beantragen.

zu 6 Mitteilungen zu 6.1 des JHA-Vorsitzenden

Antrag auf Entsperrung von Haushaltsmitteln, Freigabe von 200.000,- €:

Der Vorsitzende informiert, dass er den Vorsitzenden des Hauptausschusses wie vereinbart angeschrieben habe, mit der Bitte, den Antrag zur Freigabe der gesperrten Mittel in Höhe von 200.000,- € auf die Tagesordnung der nächstfolgenden Sitzung des Hauptausschusses zu nehmen. Das sei jedoch nicht erfolgt. Der Vorsitzende des HA erklärte, dass nicht erkennbar sei, ob der Antrag vom Jugendhilfeausschuss käme, worauf der Vorsitzende dieses Ausschusses erwiderte, dass der Absender der Bitte den JHA als Antragsteller zu erkennen gebe. Die Rückmeldung des Hauptausschusses sei, den Antrag auf Entsperrung der Mittel im Februar 2019 zu behandeln. Ob eine Sondersitzung zu diesem Thema erforderlich sei, werde vom Vorsitzenden des JHA angezweifelt.

Der Vorsitzende bittet die Verwaltung die betreffenden Träger zu informieren, dass eine Förderung vor dem 01.03.2019 nicht in Betracht komme.

Frau Goral erklärt, dass die Sondersitzung des HA zeitlich gelegen gelegt worden sei, die Träger würden unmittelbar danach informiert, sodass ein Start zum 01.03.2019 realisierbar wäre.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Sitzung des JHA vom 07.02.2019 auf den 31.01.2019 vorzuverlegen. Der Ausschuss stimmt dem Vorschlag zu.

zu 6.2 des Bezirksamtes

Die Mitteilungen des Bezirksamtes sind vorab per E-Mail übersandt worden. Am Vormittag des heutigen Tages ist eine korrigierte Fassung übersandt worden.

Frau Goral berichtet ergänzend mündlich zu besonderen Aspekten:

Zu Beginn des Jahres 2019 werde es das zweite Interessenbekundungsverfahren (IBV) geben, die Kita in der Schmidtstraße 4 betreffend. Die Eltern werden im Dezember 2018 informiert. Frau Depil bittet, den JHA an den Kriterien zur Ausschreibung zu beteiligen und nicht nur in Kenntnis zu setzen, so wie es beim IBV Triftstraße erfolgt sei. Frau Goral informiert, dass der Textentwurf zum IBV dem JHA im Januar 2019 übersandt werde, so auch die überarbeitete Kriterienliste sowie andere Vorschläge zum Verfahren.

Das Bezirksamt schlägt vor, dass das Bewertungsgremium sich am 02.04.2019 zusammensetzt, sodass der JHA am 04.04.2019 informiert werden könne, mit der Zielsetzung,

im Mai 2019 den Beschluss zu setzen.

Das Kooperationsprojekt „JugendAktionsRaum Alexanderplatz“ (JARA) sei bis zum 31.12.2019 verlängert worden.

Das Verfahren mit dem „Weddinger Kinderfarm e.V.“ endgültig abgeschlossen sei. Der Beschluss sei nun nicht mehr anfechtbar und damit der Rückforderungsbescheid bestandskräftig. Auf Nachfrage Frau Depils informiert Frau Goral, dass die Höhe der Rückforderung noch nicht beziffert sei.

Bezogen auf das übersandte Eckpunktepapier teilt Frau Goral mit, dass sich personelle Situation im Regionalen Sozialdienst erneut drastisch verschlechtert habe, sodass im Januar 2019 nach Krisenplänen gearbeitet werden müsse.

Mit der Einführung des ISBJ (Integrierte Software Berliner Jugendhilfe) werde es eine mehrwöchige Schließzeit geben. Ein genauer Termin könne heute noch nicht genannt werden.

Auf Nachfrage Frau Walters informiert Frau Goral, dass zum Familien-Servicebüro in der Sitzung im Januar 2019 berichtet werde. In der kommenden Woche werde im Bezirksamt verhandelt, welches Amt die freiwerdenden Räume im Rathaus Mitte beziehen wird. Es sei noch nicht sicher, dass diese dem Familienservice-Büro zur Verfügung gestellt würden.

zu 7 **Berichterstattung aus den AG'en 78**

Frau Nadapdap, Frau Kleinschroth, AG Mädchen und junge Frauen:

1. Der Antrag auf Umbenennung der AG in „AG Mädchen* und junge Frauen“ wurden in der AG-Sitzung einstimmig angenommen. Sie bitten, diesen neuen Namen zukünftig zu berücksichtigen.
2. Am „Weltmädchentag“ habe erstmalig ein Reporterinnenteam ein Online-Magazin erstellt, dass dem JHA heute vorgestellt wird. Ein Flyer mit QR-Code wird verteilt. Die fünf Reporterinnen stellen sich und ihre Erfahrungen, die sie an dem Tag gemacht haben, kurz vor. Es sei ein Stimmungsbild mithilfe von Fragebögen erfasst worden (stichpunktartig), es seien Fotos erstellt, Einzelinterviews geführt und ein Politik-Talk im Extraraum durchgeführt worden.

Der Vorsitzende erkundigt sich, ob in den AGs das Thema „Bildungsgerechtigkeit“ besprochen werde. Nach den ihm zugetragenen Berichten werde an manchen öffentlichen Schulen in der 4. Klasse quasi ein NC gesetzt, um für das öffentliche Gymnasium zugelassen zu werden. Der Druck, der auf Schüler der 4. Klasse evtl. ausgeübt werde, sollte im JHA thematisiert werden.

Herr Kühbauer, AG Kiezplenum Sparrplatz

Die AG Kiezplenum Sparrplatz habe sich im Zusammenhang mit der Sozialraumorientierung und –entwicklung aus gegebenem Anlass mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte beschäftigt. Anlass sei der 70. Jahrestag am 10. Dezember 2018 gewesen.

zu 8 **Berichterstattung aus der Spielplatzkommission**

Der Bericht der Spielplatzkommission ist vorab versendet worden. Nachfragen dazu gibt es nicht.

zu 9 Empfehlungen zur Verwendung der Mittel einer Erbschaft
Bezugnahme: Übersendung der Vorschläge in Form einer Excel-Datei am
08.11.2018

Den Ausschusmitgliedern liegt eine Vorschlagsliste des Bezirksamts vor. Herr Dehnert erläutert, dass der Leitgedanke dem ähnlichen Anliegen vor etwa 8 Jahren angelehnt worden sei, Projekte zu fördern, die nicht bereits durch andere Finanzierungsmöglichkeiten abgedeckt würden.

Es sei eine Kombination aus Einzelfällen sowie die Förderungen von Investitionen im Bereich der Hilfe für Kinder.

Der Vorsitzende geht mit den Ausschusmitgliedern jeden einzelnen Vorschlag durch und bittet jeweils um ein Meinungsbild.

Frau Goral erläutert, dass bei Einzelfällen die Bewilligung durch die Amtsleitung bestätigt werden müsse. Der Sachbearbeiter werde nicht allein entscheiden. Die Begründung der Förderung aus Sondermitteln müsse nachvollziehbar sein.

Zwei Vorschlägen werden nicht positiv votiert und damit von der Liste gestrichen.

Der JHA befürwortet, den Betrag von 30.000,- € als Sondermittel für Einzelfälle vorzuhalten.

Der Vorsitzende schlägt vor, das Stimmungsbild des JHA mit dem Ausschuss Soziales und Gesundheit zu besprechen. Ggf. finden beide Ausschüsse ein gemeinsames Projekt.

Frau Samuray regt an, Mittel zur Förderung der Gesundheit von Kindern einzusetzen. Der Vorsitzende regt ergänzend an, den Jugendgesundheitsdienst zur Ausschusssitzung einzuladen.

zu 10 Beratung von Drucksachen
zu 10.1 Integration durch neue Jugendzentren in Mitte fördern!
Drucksache: 1473/V

Der TOP wird vertagt.

zu 11 Vorlagen zur Kenntnisnahme

Es liegen keine Vorlagen vor.

zu 12 Verschiedenes

Frau Schauer-Oldenburg spricht die Verstetigung von drei QM-Gebieten an und erkundigt sich in diesem Zusammenhang, welche Auswirkungen das auf die personellen Kapazitäten der Kitas in diesen Orten habe und ob der Zuschlag wegfalle.
Frau Goral werde die Frage mitnehmen und im Nachgang beantworten.

Herr BV Torno von der Fraktion der AfD konkretisiert seinen Themenwunsch zu TOP 5 und erläutert, dass es ihm um die minderjährigen Auszubildenden gehe, die mit geringem Einkommen den Lebensunterhalt bestreiten müssen. Der Vorsitzende informiert, dass das isolierte Thema der Ausbildungsvergütung als Teil des Themas „Jugendschuldnerberatung“ aufgenommen werden könne.

gez.
Tilo Siewer
Vorsitzender

Ersek
Protokollantin